

***Die Politik der neuen Bundesregierung für die  
Internet-Industrie***

Rede

***Hans-Joachim Otto, MdB***

*Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie*

anlässlich  
Neujahrsempfang des eco – Verband der Internetwirtschaft

am 27. Januar 2010

um 18:30 Uhr

in Berlin, Gendarmenmarkt

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Beginn der Rede!

Sehr geehrter Herr Summa,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

### **1. Begrüßung**

Ich soll Sie herzlich grüßen vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie.

Er ist heute leider verhindert.

Rainer Brüderle hat mich aber gebeten, den Termin hier zu übernehmen. Der Bitte bin ich gern gefolgt.

Der eco kämpft für ein sicheres und sauberes Internet. Dieses Engagement ist ungeheuer wichtig, denn ohne Vertrauen und Sicherheit im Netz kann der Aufbau neuer Geschäftsfelder in diesem so dynamischen Bereich nicht gelingen.

Ich brauche an dieser Stelle nicht zu betonen, wie wichtig es gerade in dieser Zeit ist, Innovationen zügig in neue Produkte und Dienste umzusetzen.

So entstehen Arbeitsplätze und Wachstum.

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sind ein großer Innovationstreiber, der quer durch alle Branchen entscheidende Impulse gibt.

Ich bin heute zu Ihnen gekommen, um über Schwerpunkte der IKT- und Medienpolitik der Bundesregierung zu sprechen.

Meine Damen und Herren!

Wir stehen am Beginn einer neuen Entwicklung: Die Informationsgesellschaft wird zur vernetzten Wissensgesellschaft.

Bisher standen der Zugang zum Netz und die Nutzung von Informationen aus dem Netz im Vordergrund.

Jetzt werden durch das Internet und die modernen IKT alle Bereiche unserer Wirtschaft und Gesellschaft neu zusammengeführt.

Eine intelligente Vernetzung mit dem Internet in Industrie, Energie und Verkehr sowie in anderen zentralen Bereichen wie Gesundheit und Bildung schafft Möglichkeiten für neues wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung.

Ihre Studie (Arthur D. Little und eco) zeigt, dass die deutsche Internetwirtschaft trotz der aktuellen Wirtschaftskrise das Potenzial für eine äußerst dynamische Entwicklung hat.

Ihre Branche blickt optimistisch in die Zukunft und das ist gut für die ganze Wirtschaft.

## **2. *IKT- und Medienpolitik der Bundesregierung***

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Bundesregierung hat in Meseberg auch über Ziele im Bereich IKT gesprochen und konkrete Schritte vereinbart.

Bis zum Sommer dieses Jahres wird die Bundesregierung eine umfassende IKT-Strategie zur „digitalen Zukunft“ Deutschlands erarbeiten.

Die Federführung wurde dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie übertragen.

Auf dem 4. IT-Gipfel Anfang Dezember vergangenen Jahres in Stuttgart haben Politik, IT-Wirtschaft und Wissenschaft gemeinsam über Schwerpunkte der digitalen Zukunft Deutschlands diskutiert.

Mit der „Stuttgarter Erklärung“ wurden bereits erste Maßnahmen dazu vereinbart.  
Ihre Anti-Botnetz-Initiative gehört dazu.

Die Politik setzt die Rahmenbedingungen. Mit Blick auf den Rechtsrahmen für die neuen Dienste und die damit zusammenhängenden Fragen möchte ich mich zunächst einmal für die bisherige Arbeit des eco bedanken.

Neben dem wichtigen Engagement im Bereich der Gesetzgebung ist der eco eine Reihe von Themen angegangen, die der Informationsgesellschaft z.T. schwerwiegende Probleme bereiten.

Ich möchte hier besonders die Bekämpfung von SPAM und von gefährlichen und illegalen Inhalten ansprechen.

E-Mail-Spamming ist nach wie vor eine große und unzumutbare Belastung für Verbraucher und Unternehmen gleichermaßen.

Die Möglichkeiten des Staates – des Gesetzgebers und der Aufsichtsbehörden – stoßen hier unweigerlich und buchstäblich an ihre Grenzen.

Umso wichtiger sind Initiativen der Wirtschaft, wie sie der eco in den vergangenen Jahren ergriffen hat.

Ich nenne beispielhaft den Anti-Spam-Summit, der jährlich stattfindet.

Ich kann Ihnen zu dieser Initiative nur gratulieren, denn sie verbessert die notwendige länderübergreifende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von SPAM.

Auch im Bereich der Bekämpfung illegaler und gefährlicher Inhalte hat der ECO durch seine Beteiligung an Projekten im EU-Rahmen viel zur Verbesserung der Situation beigetragen.

Ich nenne hier die Internet-Beschwerdestelle und die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Hotlines im Rahmen des Netzwerkes INHOPE.

Von besonderem Vorteil ist die Zusammenarbeit im Rahmen von INHOPE auch und gerade im Hinblick auf die Bekämpfung der Kinderpornographie.

Ich finde übrigens durchaus, dass Ihre Arbeit deutlicher ins Auge fallen sollte, denn sie ist gerade im Hinblick auf die Diskussion um Internetsperren in den letzten Monaten viel zu wenig beachtet worden.

Ich finde es auch gut, dass sich der Verband als Gründungsmitglied dem Bündnis gegen Kinderpornographie WHITE IT angeschlossen hat.

Das Bündnis verfolgt das vorrangige Ziel, solche Angebote vollständig aus dem Netz zu entfernen.

Der eco-Verband kann hier seine langjährigen Erfahrungen einbringen.

Auch Ihre Anti-Botnetz-Initiative, die Sie gemeinsam mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) planen, ist ein guter Beitrag für Sicherheit und Vertrauen im Internet.

Die Beispiele zeigen, dass die Wirtschaft sehr wohl eigenständig Probleme angehen kann und es nicht immer den Gesetzgeber braucht.

Meine Damen und Herren,

sicher möchten Sie von mir auch hören, wie es in der Gesetzgebung nun weitergeht – besonders mit Blick auf das Telemediengesetz.

Hier wollen wir in zwei Schritten vorgehen:

In einem ersten Schritt hat die Bundesregierung die erforderlichen Änderungen zur Umsetzung der europäischen Audiovisuelle-Mediendienste-Richtlinie beschlossen.

Wir wollen das zügig voranbringen, um ein möglichst zeitnahes Inkrafttreten der Änderungen zusammen mit den neuen Rundfunkregelungen der Länder Mitte des Jahres zu erreichen.

In einem zweiten Schritt werden wir besonders die offenen Fragen im Bereich der Haftung angehen.

Ich sehe hier – wie Sie vielleicht wissen - Handlungsbedarf für den Gesetzgeber.

Das gilt besonders für den Bereich der so genannten „Störerhaftung“.

Wir müssen die Unklarheiten im Hinblick auf die Umsetzung von Unterlassungsansprüchen, die sich gegen die Vermittler richten, beseitigen.

Hier bestehen aus meiner Sicht Haftungsrisiken, die die von der Rechtsordnung eigentlich gebilligten Geschäftsmodelle kleiner und mittlerer Anbieter geradezu vereiteln können.

Das gilt besonders für die Meinungs- und Diskussionsforen, die neue Chancen für die Betätigung der Meinungs- und Informationsfreiheit eröffnen und die wir deshalb erhalten müssen.

Meine Damen und Herren,

bei den rechtlichen Rahmenbedingungen geht es auch um die Frage, wie wir die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft erhalten und ausbauen können.

Gesetzliche Pflichten müssen in Deutschland gerade für die kleinen und mittelständischen Unternehmen erfüllbar und Haftungsrisiken tragbar bleiben.

Wir haben im Koalitionsvertrag deutlich gemacht, welche Themen uns wichtig sind und dass wir hier etwas tun wollen.

Im Klartext ist das

- der Datenschutz,
- der Verbraucherschutz,
- das Urheberrecht und
- die bereits angesprochene Haftung.



In allen Bereichen, die ich genannt habe, stehen wir vor der gleichen Aufgabe: wir müssen das Ganze sehen.

Wir müssen alle berechtigten Interessen erkennen, würdigen und angemessen zum Ausgleich bringen.

Und wir wollen im internationalen Vergleich konkurrenzfähig bleiben.

Das geht aber nur, wenn unsere Regelungen vergleichbar sind und keine unangemessen höheren Anforderungen an unsere Unternehmen stellen.

Wir brauchen einen fairen Rechtsrahmen, der unsere Unternehmen dazu ermutigt, innovative Geschäftsmodelle auf den Markt zu bringen und dadurch den Wettbewerb zu beleben.

Belasten wir unsere Unternehmen hingegen zu stark, können sie mit ausländischen Unternehmen möglicherweise nicht konkurrieren und haben im internationalen Wettbewerb das Nachsehen.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie hat jüngst einen Wirtschaftsdialo g zur Bekämpfung der Internetpiraterie gestartet.

Dabei loten wir derzeit Modelle der freiwilligen Kooperation zum Schutze der Urheber und zur Stärkung der neuen Medien gemeinsam mit den Rechteinhabern und Providern aus.

Wir haben auch große Technologieprojekte wie THESEUS gestartet.

THESEUS will neue semantische Technologien für das zukünftige Internet der Dienste entwickeln und erproben.

Mit ca. 100 Mio. Euro Fördermitteln ist THESEUS das derzeit größte Forschungs- und Entwicklungsprojekt der Bundesregierung im Bereich IKT.

Green-IT ist ein weiterer Technologieschwerpunkt des BMWi.

Experten zufolge kann allein durch umweltschonende IT-Lösungen in Deutschland bis zum Jahre 2020 ein Umsatzpotenzial von 82 Milliarden Euro erschlossen werden.

Die nationalen IT-Gipfel, also den Dialog mit den Spitzen von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wollen wir weiter nutzen, um die neuen Technologien zum Markterfolg zu führen.

Der fünfte IT-Gipfel wird Ende dieses Jahres in Dresden stattfinden. Das BMWi koordiniert die Vorbereitungen.

### **3. *Breitband - Grundlage für neue Dienste***

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Modern Breitbandnetze sind die entscheidende Grundlage für die Nutzung neuer IT-Anwendungen.

Je breiter die Nutzungsmöglichkeit, desto größer sind die Chancen für Ihre Mitglieder, attraktive Angebote aufzusetzen.

Deshalb ist uns die Schaffung einer flächendeckenden Breitbandverfügbarkeit mit mindestens 1 Mbit/s bis Ende 2010 so enorm wichtig.

Das reicht für die elementaren Anwendungen aus, aber erst mit hochbitratigen Netzen können wir bei den Anwendungen wie eHealth, eLearning oder Entertainment-Dienste in neue Dimensionen vorstoßen.

Möglichst bald sollten deshalb Hochleistungsnetze flächendeckend verfügbar sein mit Geschwindigkeiten von 50 Mbit/s und mehr.

In einem ersten Zwischenschritt sollten für 75 Prozent der Haushalte bis 2014 solche Netze verfügbar sein.

Ein Erreichen der Ziele wird auch dazu beitragen, regionale Disparitäten bei der Breitbandversorgung weitgehend zu beseitigen, neue Wachstumspotenziale zu schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft zu steigern.

Wir brauchen starke Regionen. Der ländliche Raum darf nicht benachteiligt werden.

Ich bin überzeugt: Die angestrebte flächendeckende Verfügbarkeit lässt sich weitgehend im Wettbewerb erreichen, wenn die Potenziale des Marktes genutzt und alle relevanten Technologien und Anbieter bei der Problemlösung berücksichtigt werden.

Die Öffnung zusätzlichen Frequenzspektrums (Digitale Dividende) in 2010 für die Flächenerschließung unterstützt diesen Prozess.

Für den Aufbau der Netze von morgen setzen wir zudem auf eine wettbewerbsorientierte Regulierung, auf Kooperationen beim Netzaufbau und auf die Nutzung von Synergien im Infrastrukturbereich.

Wo im Wettbewerb kein Ausbau stattfindet, kann eine öffentliche Förderung sinnvoll sein.

Für die Netze von morgen halte ich die Förderung der Mitverlegung von Leerrohren oder Glasfaserkabeln für eine Möglichkeit, ländliche Räume anzubinden und neue Wettbewerbspotenziale beim Breitbandausbau zu erschließen.

Durch die Förderung passiver Infrastrukturen können die Marktzutrittskosten in ländlichen Gebieten deutlich reduziert und eine Erschließung für eine größere Zahl von Unternehmen ermöglicht werden.

Derzeit sind wir hierzu in Diskussionen mit der EU, um solche Förderungen im Einklang mit den Beihilfenleitlinien der Europäischen Kommission zu ermöglichen.

Insgesamt sind wir bei der Breitbanderschließung auf einem guten Weg: Noch zu Beginn des Jahres 2009 waren 94 % der Haushalte mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen versorgt. Mittlerweile ist bundesweit für knapp 97 % der Haushalte ein Zugang zu leistungsfähigen Breitbandanschlüssen (Downloadrate (> 1Mbit/s) verfügbar.

Ich bin daher zuversichtlich, dass wir unser erstes Ziel, 1 Mbit/s für alle, zeitig erreichen.

Bezüglich des Aufbaus von Hochleistungsnetzen zeigt sich ebenfalls eine erfreuliche Entwicklung. Für rund 10 Millionen Haushalte ist bereits heute ein VDSL-Anschluss verfügbar.

Die Kabelnetze werden aktuell mit einer Technologie ausgebaut, die Geschwindigkeiten bis zu 100 MBit/s und mehr erlaubt. Bisher wurden bereits ca. 2 Mio. Haushalte an ein solches Hochgeschwindigkeitsnetz angeschlossen; weitere spürbare Ausbaumaßnahmen wurden von den Kabelnetzbetreibern angekündigt.

Zusätzlich wurde von einigen Regionalcarriern bereits mit dem Ausbau von Glasfaser bis zum Haus (FttB) begonnen.

### **EU-TK-Rechtsrahmen zügig umsetzen**

Vordringliche Aufgabe ist es jetzt, den geänderten EU-Rechtsrahmen für die elektronische Kommunikation zügig im Rahmen einer TKG-Novelle umzusetzen.

Ziel ist es, den EU-Rechtsrahmen möglichst 1:1 umzusetzen und weitergehende Konkretisierungen nur dort vorzunehmen, wo dies notwendig ist.

Inhaltlichen Anpassungsbedarf gibt es hinsichtlich:

- ⇒ stabilerer Rahmenbedingungen [Verlängerung der Befristung von Regulierungsentscheidungen von 2 auf 3 Jahre],
- ⇒ der Erweiterung der Zugangsvorschriften [Infrastruktur im Gebäude wird einbezogen],
- ⇒ einer teilweise ausgeweiteten Abstimmung von Regulierungsentscheidungen mit der EU-Kommission und dem neu geschaffenen Gremium der europäischen Regulierer,

- ⇒ der Möglichkeit, Regulierung auf regionale Märkte zu beschränken und
- ⇒ der Berücksichtigung spezifischer Risiken neuer Netzprojekte.

Wir werden die anstehende Diskussion im engen Dialog mit der Internetwirtschaft führen.

Wichtig ist mir, dass wir noch mehr Markt, noch mehr Wettbewerb und am Ende noch mehr Investitionen bekommen, damit Deutschland bei der Breitbandinfrastruktur auch weiterhin eine internationale Spitzenposition einnimmt.

In den kommenden Wochen werden wir Gespräche mit den anderen Ministerien führen, um bis zum Sommer die einzelnen Punkte zu einer abgestimmten IKT-Strategie zu bündeln.

Zur CeBIT werde ich viele von Ihnen wieder sehen. Da ist Gelegenheit für weitere Gespräche über die digitale Agenda Deutschlands.